

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei...  
Wilsdruff, am 5. Dezember 1921.



Inhaltspreis...  
Wilsdruff, am 5. Dezember 1921.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 284

Dienstag den 6. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

**Lichtgeld für Monat November** ist spätestens bis zum 10. d. Mts. an die Stadtkasse zu bezahlen.  
Wilsdruff, am 5. Dezember 1921. Der Stadtrat.

### Grumbach.

Mittwoch den 7. Dezember nachmittags trifft der neue Weikliche unserer Kirchgemeinde, Pfarrer Vahardt, ein. Anlässlich dessen findet **abends 7 Uhr im Gasthof eine Empfangsfeier** statt, wozu alle kirchlich gesinnten Gemeindeglieder hierdurch eingeladen werden.  
Der Kirchenvorstand.

### Grumbach.

Für die vom Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Meißen für Klein- und Sozialrentner bewilligten Mittel sind Anträge im hiesigen Gemeindeamt bis **spätestens 10. Dezember 1921** zu stellen. Nach dieser Frist keine Anträge mehr entgegengenommen werden.  
Grumbach, am 5. Dezember 1921. Der Gemeindevorstand.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reparationskommission hat an die Reichsregierung eine Aufforderung gerichtet, worin sie um sofortigen Aufschluß über die Zurüstungen zur Januarzahlung ersucht.
- Zum Schluß der Woche wurde der Dollar in Berlin mit 217 Mark bewertet.
- Frankreich will angeblich der Bewährung eines Moratoriums für Deutschland unter gewissen Bedingungen zustimmen.
- Nach den letzten Meldungen will England ein Moratorium für Deutschland von drei bis vier Jahren vorschlagen, und Frankreich als Entschädigung anbieten, daß es in dieser Zeit alle Abzahlungen in Lieferungen und Leistungen erlassen soll.

### Nach Briands Rückkehr.

Wenn ein französischer Ministerpräsident heutzutage ohne Reise tut, dann kann nicht nur er etwas erzählen; ganz Deutschland muß sein Kommen und Gehen mit größter Aufmerksamkeit begleiten, mehr fast noch als wenn sein eigener Reichskanzler auf Reisen geht. So sehr haben sich die Zeiten geändert.  
Die Franzosen haben ihrem Ministerpräsidenten einen Empfang bereitet, als käme er aus einem siegreichen Krieg in die Heimat zurück. Deputationen, Reden, Empfänge, Weihen und Lorbeer begrüßten Herrn Briand, und er selber dankte in der stolzen Haltung eines Triumphators für die vielen Ovationen, die ihm dargebracht wurden. Schon allein die Tatsache, daß Frankreich die Einladung nach Washington angenommen habe, rechnete er sich als ein beinahe unfehlbares Verdienst an, nicht ohne dabei von „vergifteter Propaganda“ zu sprechen, die gegen Frankreich betrieben werde. Er wies darauf hin, daß in Washington allgemein versichert wurde, Frankreich solle sich niemals isoliert sehen, und ging doch wohlweislich dem Widerspruch aus dem Wege, der darin liegt, daß eben das selbe Frankreich trotzdem seine Lage in Europa als gefährdet bezeichnet, trotz der moralischen Unterstützung, die ihm von England wie von Amerika im Angesicht der Abrüstungskonferenz zugesichert worden ist, und trotz der vollendeten Abrüstung, in die man Deutschland hineingezwungen hat. Den Grundrissen für die Abrüstung zur See habe Frankreich sich „leichten Herzens“ angeschlossen; was aber die Armeen anlangt, so sei hier die Lage ganz anders. Auf dem Meere gebe es nur noch befreundete und alliierte Flotten, aber zu Lande verfüge Deutschland immer noch über sieben Millionen ausgebildete Männer und über 200 000 Polizeistreitkräfte. Es habe riesige Fabriken, die Maschinen- und Kanonen erzeugen könnten, und Ausland erst, das hinter Deutschland und Polen liegt, unterhalte zu unbekanntem Zweck eine Armee von 1 1/2 Millionen. Also muß Frankreich standhalten und auf der Wacht sein. Nur positive Garantien könnten es dazu bestimmen, seine Rüstungen herabzusetzen. Andernfalls möge man es gewähren lassen und ihm erlauben, seine nationale Sicherheit so zu schützen, wie es ihm selber gut erscheint. Man solle auch im Frieden einig bleiben, dann brauche Frankreich nichts zu befürchten.

In der Tat, um die Einigkeit des französischen Volkes in den Lebensfragen der Republik braucht kein französischer Ministerpräsident in Sorge zu sein. Schon machen Kammer und Senat sich auf, dem zurückgekehrten Vertrauensmann des Volkes die volle Abereinstimmung mit seiner in Washington beobachteten Haltung anzusprechen, und die Ministerkürzer, die der Meinung zu sein schienen, daß jetzt endlich wieder gute Tage für sie gekommen seien, werden sehen, daß kein leichtes Spiel sie erwartet. Briand ist wachsam, und daß auch von London her während seiner Abwesenheit von Frankreich mancherlei unternommen worden ist, was unter Umständen dazu führen könnte, ihn zu Fall zu bringen, ist ihm gewiß nichts weniger als entgangen. Auch gegen diese Gefahr wird er sofort Gegenmaßnahmen einleiten — und die armen Deutschen werden gewiß wieder zu glauben geneigt sein, daß das ganze hohe Spiel zwischen ihm und Lloyd George, wie zwischen ihm und seinen inneren Gegnern um Deutschland, um nichts als um Deutschland ginge. In Wahrheit geht es beiden Männern um ungleich mehr als dies: Die Weltmachtstellung ihres Landes ist es, um die sie bald mit, bald gegeneinander ringen, ein Zweikampf, in dem das entwaffnete, das zerrüttete Deutschland nicht viel mehr zu bedeuten hat als der arme Sünder, auf dessen Rücken die Interessenkämpfe großer Mächte ausgefochten zu werden pflegen.

wir wollen uns nichts vormachen, wir wollen uns aber auch nichts vormachen lassen. Wohlwollen für uns ist bei allem Moratoriums- und Anleihegerede dieser Tage weder in London noch in Paris zu finden. Wir weisen jede etwaige Erleichterung, die uns zugestanden wird, mit neuen schweren Bindungen zu bezahlen haben. Von unserer Einladung nach Washington ist schon gar keine Rede mehr. Herr Briand hat in dieser Beziehung wirklich nichts zu fürchten. Nehmen wir uns lieber ein Beispiel an der einmütigen Haltung der französischen Nation. Solange wir die Einmütigkeit des nationalen Geistes nicht wieder gewinnen, müssen wir uns damit abfinden, leidende Zuschauer der weltbewegenden Ereignisse zu sein, die rings um uns her sich vollziehen.

### Mahnungen und Vorwürfe.

Eine Note der Reparationskommission.  
Vor kurzem wollte bekanntlich eine Anzahl Mitglieder der Reparationskommission in Berlin, um sich, wie sie sagten, durch eigenen Augenschein von den deutschen Zahlungsmöglichkeiten und den Schwierigkeiten, die die Zahlungen behindern, zu überzeugen. Auf Grund ihrer „Sauben“, vor allem aber wohl, um wieder einmal einen Druck auf uns auszuüben, hält die Kommission es jetzt für nötig, der deutschen Regierung eine Note mit Ermahnungen und Wünschen zu übergeben, die deutlich die verheerenden Drohungen durchblicken lassen für den Fall, daß wir am 15. Januar nicht pünktlich zahlen würden.  
In der Note wird gesagt, daß die Kommission darauf besteht, daß die deutsche Regierung alle ihre Aufmerksamkeit unverzüglich den erforderlichen Maßnahmen schenke, um die fälligen Zahlungen am Verfallstage sicherzustellen. Die deutsche Regierung möchte die schweren Folgen bedenken, die entstehen, wenn sie am Fälligkeitstage ihre Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, unverzüglich alle erforderlichen Staatsbürger, die Besitz im Ausland haben, oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten. Die deutsche Regierung habe es versäumt, beizeiten die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufs, die die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, unverzüglich alle erforderlichen

**Maßnahmen zur Befundung der Finanzlage** zu ergreifen. Unterzeichnet ist diese Note von Dubois und von demselben **Braburgh**, der dieser Tage erst die aufsehenerregenden Vorschläge machte, nach denen Deutschland ein Zahlungsaufschub gewährt werden soll. Er hat abtrünnisch inwischen erhebliche Einschränkungen zu seinem Vorschlag gemacht, und sogar die Mitteilungen, daß die englische Regierung im Prinzip für das Moratorium zu haben wäre, wird nenerdings von mancher Seite bezweifelt. Jedenfalls wird die Gewährung eines solchen Aufschubs jetzt an

**weitgehende Bedingungen** geknüpft, die besonders von Frankreich betont werden, für den Fall, daß es überhaupt einem Zahlungsaufschub zustimmen wollte. Danach könne ein solcher Zahlungsaufschub nur gewährt werden, falls Deutschland darum ersucht und sein Ersuchen ausdrücklich begründet; der gegenwärtige Wert der deutschen Schuld ist ausreicht zu erhalten; der Aufschub darf sich nur auf Verzinsungen erstrecken; die Wiesbadener Vereinbarungen werden dadurch nicht berührt. Ferner müßte Deutschland gewisse Verpflichtungen zur Sanierung seiner Finanzen übernehmen und müßte sogar die

**Kontrolle der Ausgabe von Papiergeld** durch einen verbündeten oder neutralen Betrag, welcher der Reichsbank zuzuwenden wäre, gestatten. Auch solle ein Höchstbetrag für die Staatsausgaben sowie ein Mindestbetrag für die Staatseinnahmen festgesetzt werden. Schließlich sollten wir die Aufsicht des Reparationskomitees über eine Reihe leicht zu überwachender Staatseinnahmen zulassen, und die angeforderte Anleihe müsse zum Teil die ausbehaltenen Zahlungen ersetzen. — Man merkt, daß man es diesen immer noch versteht, die schönsten Pläne durch „Bedingungen“ und Einschränkungen fast zu Unmöglichkeit zu machen.

denen Zahlungen ersetzen. — Man merkt, daß man es diesen immer noch versteht, die schönsten Pläne durch „Bedingungen“ und Einschränkungen fast zu Unmöglichkeit zu machen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Kredithilfe für das Reich.

Dem grundlegenden Paragraphen 1 des Gesetzentwurfs über die Kreditvereinigung des Gewerbes stimmte der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates zu. Der Paragraph besagt, daß zur Beschaffung von Mitteln in fremder Währung für die dem Reiche aus dem Friedensvertrag obliegenden Zahlungsverpflichtungen eine Anleihe ausgenommen werden soll. Aufgabe der Kreditvereinigung ist es, entweder diese Anleihe selbst aufzunehmen, oder, falls die Aufnahme von dritter Seite mit Zustimmung der Regierung erfolgt, ihre Erfüllung zu gewährleisten. Als Sicherheit soll das Betriebsvermögen der Gewerbe dienen, die Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft, die Gebäude der Mitglieder der Gewerbe. Die Erhaltung der Guthaben soll durch feuerliche Verrechnung erfolgen.

#### Der neue deutsche Eisenbahnein ohne Defizit?

Im Reichsverkehrsministerium wird, wie verlautet, die Ausarbeitung eines Planes über die Neugestaltung des Reichseisenbahnwesens eifrig betrieben. Das Reichsverkehrsministerium glaubt bei seinem Reorganisationsplan an der Selbstständigkeit der Reichseisenbahnen als Reichsbetrieb um so mehr festhalten zu müssen, als der Etat für 1922, der schon fertiggestellt ist, wieder balanciert. Die Veröffentlichung der Bismarck soll in nächster Zeit erfolgen.

#### Die Schlichtungsordnung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die zur Vermeidung von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Streiks usw.) zu schaffende Schlichtungsordnung war vom Reichswirtschaftsrat an den sozialpolitischen Ausschuß zurückverwiesen worden. Zwischen der Stellungnahme der beiden Beteiligten konnte aber keine Einigung erzielt werden, so daß bei der Gesamtabstimmung das Gesetz abgelehnt wurde.

#### Ständiger Verlauf der deutsch-dänischen Verhandlungen.

Bei dem Fortgang der Arbeiten ist vollständige Einigkeit über den Wortlaut einer Reihe weiterer Verträge erzielt worden. So wurde ein Vertrag betreffend die Regelung der Wasser- und Seefahrtverhältnisse im Grenzgebiete ausgearbeitet. Eine große Anzahl von Forderungen verschiedener Art, die von beiden Staaten sowie von Gemeinden und Privatpersonen angemeldet waren, sind geprüft und teilweise anerkannt worden. In einigen anderen Fragen ist zwar noch kein volles Einverständnis hergestellt worden; die abweichenden Standpunkte wurden aber einander erheblich näher gebracht. Das gilt z. B. von der Frage der Pensionäre und Kriegesbeschädigten, der Frage der Schifffahrt und der Fischerei in der Hensburger Förde, sowie von der Frage der Auslieferung der Archiballen und des Austausches verschiedener Altertümer. Mitte Januar werden die Verhandlungen ihrem Ende entgegengehen.

#### Wohnungsnot und Fußgänger in Mitteldeutschland.

Oester, der frühere Eisenbahnminister, legte in einem Vortrage dar, daß man nur durch Lösung der Wohnungsfrage im Merseburger Bezirk der Wiederholung von Fußgängerbegegnungen könne. Es sei nötig, daß von der Regierung eine große Aktion für den Merseburger Bezirk schnellig eingeleitet würde. Gegen die Loslösung der Rheinlande.

In den Rächener Blättern steht folgender von allen Parteien ausschließlich der Kommunisten unterzeichneter Aufruf: Rheinländer! Deutsche Männer, deutsche Frauen! Dunkelmänner sind an der Arbeit, aus nächtlichen Selbstinteressen planen Verräter die Loslösung von Deutschland. Der Augenblick der Gefahr wird verlassens-treue Männer finden. In der Abwehr dieser verräterischen Bestrebungen sind wir einig!